



27.09.2012 | Nr. 428/12

Katja Rathje-Hoffmann: zu TOP 19 und 46: Beim Kinderschutz muss jede Ebene ihre Verantwortung wahrnehmen

In ihrem heutigen (27. September 2012) Debattenbeitrag zum Kinderschutz hat die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, nach dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetz es zum 01.01.2012 unter besonderer Beachtung des Falles im Kreis Segeberg auch eine schnelle Umsetzung der „Verwaltungsvereinbarung Bundesinitiative Netzwerke Früher Hilfen und Hebammen“ eingefordert.

„Das Bundeskinderschutzgesetz soll neben Prävention und Intervention vor allem diejenigen Akteure stärken, die sich für das Wohlergehen von Kinder einsetzen: Eltern, Kinderärztinnen und Kinderärzte sowie Hebammen. Damit die Hilfen vor Ort auch umgesetzt werden können, brauchen wir jetzt eine schnelle Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung“, so Rathje-Hoffmann.

Der heutige Berichts Antrag der CDU-Fraktion solle eine erste Zwischenbilanz nach einem Jahr Bundeskinderschutzgesetz ziehen. Es gelte, richtige Entwicklungen zu unterstützen und wo nötig frühzeitig nachsteuern zu können.

„Beim Kinderschutz gilt: Es stehen alle gemeinsam in der Verantwortung: Bund, Land und Kommunen. Jede Ebene muss ihre jeweilige Verantwortung wahrnehmen und sich mit den anderen abstimmen“, so Rathje-Hoffmann.